

1 **Unsere Politik für eine standhafte Demokratie, eine starke Wirtschaft und ein** 2 **gerechtes, zukunftsweisendes Ostdeutschland**

3 Wir wissen um die Herausforderungen und Probleme, vor denen unser Land steht. Wir leben
4 in schwierigen Zeiten. Viele Menschen machen sich Sorgen. Die Folgen der Kriege und Krisen
5 der letzten Jahre sind mit Inflation und lange steigenden Energiepreise nicht spurlos an der
6 ostdeutschen Wirtschaft und den Beschäftigten vorbeigegangen. Die Schwäche des Welt-
7 handels und höhere Leitzinsen setzen die exportorientierte deutsche Wirtschaft unter Druck.
8 Die USA und China investieren dreistellige Milliardensummen in ihre Wirtschaft und Infra-
9 struktur. Rechtspopulistische und rechtsextreme Kräfte breiten sich in Europa und auch bei
10 uns im Land aus.

11 Die SPD übernimmt politische Verantwortung auf allen gesellschaftlichen Ebenen in Ost-
12 deutschland, in allen ostdeutschen Ländern, in vielen Kommunen, im Bund und in Europa.
13 Die SPD ist in allen sechs Bundesländern an der Regierung beteiligt. In zwei Bundesländern
14 stellt sie den Ministerpräsidenten und die Ministerpräsidentin. Wir wissen was die Men-
15 schen in Ostdeutschland bewegt und wollen die besten Antworten formulieren.

16 Die objektive Lage ist dennoch besser als die gefühlte Stimmung. Wir sind überzeugt:
17 Deutschland und gerade der Osten sind ein starkes Land mit einer robusten Wirtschaft und
18 funktionierenden Institutionen. Es sind die Menschen hier im Osten, die gezeigt haben, dass
19 sie in schweren Zeiten zusammenstehen und Krisen bewältigen. Genau diese Eigenschaften
20 braucht es jetzt wieder. Auch deshalb bleibt das auf Initiative der ostdeutschen Sozialdemo-
21 kratie geplante Zukunftszentrum in Halle wichtig, um aus der Anerkennung der Aufbauleis-
22 tung der Ostdeutschen Kraft für einen Aufbruch zu schöpfen. Nicht zuletzt die landesweiten
23 Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und gegen Hass, Hetze und Rechtsradi-
24 kalismus zeigen, welches Potential hier steckt.

25 Wir haben vieles für Ostdeutschland erreicht und haben noch mehr vor. Es ist uns trotz der
26 zahlreichen Krisen der vergangenen Jahre gelungen, zentrale Verbesserungen für Ost-
27 deutschland zu erreichen, die uns jahrzehntelang als Gesellschaft belastet haben.

28

29 **1. Alle Stellschrauben bedienen, um den Fachkräftemangel zu begegnen.**

30 Noch nie waren seit 1990 so viele Menschen im Osten in Arbeit. Es ist eine historische Leis-
31 tung, die Massenarbeitslosigkeit im Osten besiegt zu haben. Als ostdeutsche SPD verfolgen
32 wir eine Politik, die gute Arbeitsplätze schafft und Unternehmen im Osten sichert. **Jetzt**
33 **heißt dies vor allem, wir müssen alle Hebel und Stellschrauben in Bewegung setzen, um**
34 **möglichst viele Arbeits- und Fachkräfte für die Wirtschaft im Osten zu gewinnen.**

35 **Gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen** sind die Voraussetzungen, um die Beschäftigten
36 in Ostdeutschland zu binden und zu gewinnen.

37 **Wir müssen Menschen stärken, um sie in Arbeit zu bringen.** Schul- und Ausbildungs-Abbre-
38 cherzahlen müssen gesenkt werden. Auch leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler
39 behalten wir im Blick und helfen, damit sie ihre Abschlüsse schaffen.

40 Wir müssen die Hochschulstandorte in Ostdeutschland weiter stärken und dafür sorgen,
41 dass Absolventinnen und Absolventen nach ihrem Abschluss nicht abwandern, sondern als
42 hochqualifizierte Fachkräfte Unternehmen in Ostdeutschland zur Verfügung stehen. Ver-

43 stärkte Investitionen in die Forschung sind notwendig, damit ostdeutsche Hochschulstand-
44 orte im Wettbewerb um Studierende und Nachwuchswissenschaftlerinnen und Wissen-
45 schaftler aus aller Welt konkurrenzfähig bleiben.

46 Viele Unternehmen und Kommunen stehen in den Startlöchern und wollen investieren. Um
47 die geplanten Investitionen schnell zu realisieren, müssen die Mittel der Gemeinschaftsauf-
48 gabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ **um 200 Mio. Euro erhöht werden.**
49 **So können die vorliegenden Anträge schnell bewilligt werden. Damit kleinere und mittlere**
50 **Unternehmen sich mit Automatisierung, KI und Robotik modernisieren und so einen Teil**
51 **des Arbeitskräftemangels ausgleichen können.**

52 Wir wollen international Arbeitskräfte für eine Zukunft in Ostdeutschland gewinnen. Dazu
53 werden die neuen Länder eng zusammenarbeiten. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz
54 sind die nötigen Voraussetzungen geschaffen
55

56 2. Die gemeinsame Politik von SPD und Gewerkschaften für gute Löhne wirkt.

57 Mit der Einführung und Erhöhung des Mindestlohns bekamen etwa 1,1 Millionen ostdeut-
58 sche Beschäftigte eine Lohnerhöhung. Die Löhne zwischen Ost und West haben sich so im
59 unteren Entgeltbereich angenähert, der Niedriglohnsektor wurde zurückgedrängt.

60 Es bietet sich aktuell die Chance, weiter bessere Löhne für die ostdeutschen Beschäftigten zu
61 erreichen: Durch **eine neue selbstbewusste Arbeiterbewegung der Gewerkschaften im Os-**
62 **ten.** Durch die Modernisierung des ostdeutschen Wirtschaftsstandorts entstehen neue gut
63 bezahlte Jobs. Diese heben das Lohnniveau insgesamt an. **Wir wollen, dass Menschen mit**
64 **kleinen und mittleren Einkommen auch ohne ergänzende staatliche Leistungen gut leben**
65 **können.** Dies ist umso wichtiger, da die Inflation gerade untere Einkommensgruppen belas-
66 tet hat.

67 Wir stehen zum Mindestlohn und guten Tariflöhnen. Gerade im Osten ist die Tarifbindung
68 niedrig. Daher ist ein **Bundestariftreugesetz** nötig genauso wie Vergabegesetze in den Län-
69 dern. Mit den neuen Wirtschaftsansiedlungen bietet sich für Gewerkschaften die Chance,
70 stärker Fuß zu fassen. Es braucht auch im Osten starke Tarifpartner, damit sich der Wirt-
71 schaftsstandort gut entwickelt und Fachkräfte erfolgreich gewonnen werden können.
72

73 3. Menschen, Unternehmen und Kommunen können sich in ihren unterschiedlichen Le- 74 benssituationen und aktuellen Krisen auf uns verlassen.

75 Wir haben Menschen mit geringen Einkommen durch die Erhöhung des Wohngelds, der An-
76 hebung des Kinderzuschlags sowie des Kindergelds für Familien, dem späteren Einsetzen von
77 Sozialabgaben bei Midijobs und der Erhöhung der Hinzuverdienstgrenze bei der Rente ent-
78 lastet. Durch den Abbau der kalten Progression wurden alle Einkommensschichten entlastet.

79 Wir werden weiter daran arbeiten, dass der Staat als Partner besser für jede Bürgerin und
80 Bürger funktioniert: **Mit Maßnahmen, die die staatliche Verwaltung effektiver und weniger**
81 **bürokratisch machen, die Digitalisierung vorantreiben, und die Funktionsweise unserer De-**
82 **mokratie stärken.** Der bisherige Entwurf des **Bürokratieentlastungsgesetzes** bleibt hinter
83 den Erwartungen zurück. Es braucht ein echtes Aufbruchssignal.

84 Millionen ostdeutscher Rentnerinnen und Rentner bekommen seit 1. Juli 2023 mehr Geld.
85 Mit diesem Datum wurde die Angleichung der Rentenwerte zwischen Ost und West ein Jahr

86 früher als geplant erreicht. Wir unterstützen **das neue Rentenpaket der SPD-geführten Bun-**
87 **desregierung**, dass langfristig eine Rente im Schnitt nicht weniger als 48% des vorher erhal-
88 **tenen Lohns als Rente absichert.**

89

90 4. **Wir bringen als ostdeutsche Sozialdemokratie selbstbewusst den Industriestandort** 91 **Ostdeutschland ins 21. Jahrhundert.**

92 Aktuell werden viele Milliarden Euro in die Modernisierung des ostdeutschen Industrie- und
93 Wirtschaftsstandorts, in Neuansiedelungen, in Häfen und wirtschaftsnahe Infrastruktur mit
94 privaten und öffentlichen Mitteln investiert. Die Ansiedlungsentscheidungen von Tesla in
95 Grünheide, Intel in Magdeburg; TSMC in Dresden, Birkenstock in Pasewalk und CATL in Arn-
96 stadt sind dafür nur die prominentesten Beispiele. Ostdeutschland wird zum fünft wichtig-
97 sten Standort der Mikroelektronik in der Welt und profitiert besonders von der aktiven In-
98 dustriepolitik der SPD-geführten Bundesregierung. Wir entwickeln eine eigene Stärke, statt
99 vor allem verlängerte Werkbank zu sein. Es entstehen zukunftsfähige, gut bezahlte Arbeits-
100 plätze. Wir sind auf dem Weg zu einem Vorsprung Ost.

101 **Die SPD hat trotz der schwierigen Haushaltsverhandlungen die geplanten Investitionen für**
102 **Ostdeutschland verteidigt.** Wir werden dafür sorgen, dass die Investitionen in Schiene und
103 Bahn mit verkehrlicher Wirkung für den Osten, schnellstmöglich vorangetrieben und umge-
104 setzt werden. Dazu gehören insbesondere die Umsetzung der Sachsen-Franken-Magistrale,
105 der Mitteldeutschlandverbindung und der Bahnstrecke Berlin-Dresden. Darüberhinaus set-
106 zen wir uns ein, dass der Ausbau der Ostbahn sowie die Strecken Richtung Prag und die Ver-
107 bindung Berlin-Breslau-Krakau forciert werden.

108 Mit der Ansiedlung von zwei neuen Großforschungseinrichtungen, der Eröffnung des Bahn-
109 werks in Cottbus sowie des Zukunftsprogramms für die Raffineriestandorte Schwedt, Leuna
110 und den Energiehafen Rostock hat die Bundesregierung gegenüber dem Osten Wort gehal-
111 ten. Die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation wird in Erfurt, die Bundesagentur für
112 Sprunginnovationen wurde in Leipzig angesiedelt.

113 Wir brauchen auch künftig massive Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Digitalisierung so-
114 wie für den klimaneutralen Umbau unserer Wirtschaft. Der enorme Wandel ist nur mit einer
115 Kombination aus staatlichen und privaten Investitionen zu schultern. Der Staat muss verläss-
116 lich die Richtung vorgeben und selbst aktiv werden. **Es braucht eine Reform der Schulden-**
117 **bremse, die Investitionen ermöglicht.** Deshalb begrüßen wir Bestrebungen der SPD-Bun-
118 destagsfraktion und werden uns aktiv in eine Reform einbringen.

119 Die Wirtschaft braucht zudem Impulse. Der Abbau bürokratischer Hemmnisse und die Förde-
120 rung wichtiger Investitionen durch das **Wachstumschancengesetz** helfen der Wirtschaft im
121 ganzen Land, besonders in Ostdeutschland. Die Verweigerung der CDU schadet der ostdeut-
122 schen Wirtschaft.

123 Wir wollen **Basistechnologien für die Energiewende weiter stärken**, unsere weltweit füh-
124 rende **Forschung schneller in den Transfer und Produktion überführen** und **heimische Tech-**
125 **nologiestandorte für Solar- und Windkraft erhalten.** Wir unterstützen die Verhandlungen zu
126 einem Resilienz-Bonus wie **Hilfen für die europäischen Solar- und Windanlagenindustrie.**

127

128 5. **Wir werden den Weg in eine klimaneutrale Gesellschaft und Wirtschaft weitergehen.**
129 **Dafür, dass dieser Weg machbar und sozial gerecht verläuft, braucht es eine starke So-**
130 **zialdemokratie.**

131 Wir wollen nicht wie andere bremsen oder blockieren, oder Menschen und Betriebe über-
132 fordern. Die ostdeutschen Länder bieten ideale Voraussetzungen, um eine führende Rolle in
133 der Wasserstoffwirtschaft in Deutschland einzunehmen, auch dank der großen Potenziale
134 für Wind- und Photovoltaikanlagen sowie viel Expertise in Forschung und Wirtschaft. **Beim**
135 **Anschluss an das Wasserstoff-Kernnetz hat der Osten einen Vorsprung, den wir aktiv für**
136 **unsere Industrie und Wirtschaft nutzen werden.**

137 Klimaneutrales Wirtschaften muss sich vor Ort lohnen. **Menschen sowie Unternehmen in**
138 **Ländern mit hoher Einspeisung an Erneuerbaren Energien müssen zügig bei den Netzent-**
139 **gelten entlastet** werden. Die Unternehmen brauchen Planungssicherheit, wieviel der Strom
140 in 5, 10 und 15 Jahren kostet.

141 Der Bund hat den Ausbau von Erneuerbaren Energie, Speichern und Stromleitungen und
142 Wärmenetzen einfacher gemacht, beschleunigt und entbürokratisiert. Es braucht nun mehr
143 Werben in den Kommunen, damit dies auch gelingt. Dazu wollen wir auch dafür sorgen, dass
144 die Möglichkeiten kommunaler Beteiligungen besser genutzt werden, damit Kommunen und
145 vor allem die Bürgerinnen und Bürger vor Ort auch finanziell von der Energiewende besser
146 profitieren.

147

148 **6. Wir brauchen eine gerechtere Verteilung von Wohlstand und die Gleichwertigkeit der**
149 **Lebensverhältnisse.**

150 Vom Wachstum der ostdeutschen Innovationszentren müssen auch Regionen am Rand der
151 neuen Wohlstandsinseln profitieren. Die Idee der Innovationskorridore aus Brandenburg ist
152 für viele Regionen ein wichtiger Impuls und eine wichtige Möglichkeit, damit Entwicklungsmöglichkeiten
153 auch in entferntere Regionen getragen werden.

154 Wir wollen das Versprechen für gleichwertige Lebensverhältnisse erneuern und Städte und
155 Gemeinden lebenswert zu gestalten. Wir brauchen eine verlässliche Daseinsvorsorge in den
156 Kommunen und Spielräume für notwendige Investitionen in die Lebens- und Aufenthalts-
157 qualität vor Ort. Dazu gehört ebenso die Handlungsstrategie der Bundesregierung gegen den
158 Leerstand in den Kommunen, um Städten und Gemeinden Handlungsspielräume zu geben.
159 Die Handlungsfähigkeit und Investitionsfähigkeit von Kommunen in schwierigen Haushaltsla-
160 gen muss sichergestellt werden. Die Bund-Länder-Programme der Städtebauförderung wol-
161 len wir noch gezielter zur Aktivierung von Leerstand bzw. Beseitigung von Leerstand einsetzen.
162

163 **Wir brauchen eine verlässliche Daseinsvorsorge in den Kommunen** und notwendige Spiel-
164 räume für Investitionen vor Ort: Deren Finanzkraft im bundesstaatlichen Finanzausgleich
165 muss vollständig berücksichtigt und die Einnahmen der Gemeinden zu 100 Prozent in die Be-
166 rechnungen für den Finanzkraftausgleich einbezogen werden. Diese würde zusätzliche Mittel
167 von rd. 2 Mrd. Euro für den Osten mobilisieren.

168 Wir wollen, dass für alle und gerade für die Beschäftigten eine gute Daseinsvorsorge vor Ort
169 funktioniert. Deswegen kämpfen wir für eine wohnortnahe medizinische und pflegerische
170 Versorgung und werden die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen auch bei der Pflege im
171 häuslichen Umfeld weiter entlasten.

172 Ostdeutsche Großstädte wie Leipzig, Dresden, Potsdam oder Jena sind von massiven Miet-
173 steigerungen betroffen. Wir haben die Mittel des sozialen Wohnungsbaus im Bundeshaus-
174 halt massiv auf 18,15 Milliarden erhöht. Wir treiben **Maßnahmen voran, um die aktuelle**
175 **Baukrise abzufedern**, damit wieder mehr Wohnungen gebaut werden. **Wir drängen darauf,**
176 **die Mietpreisbremse bis 2028 zu verlängern. Die Wohngemeinnützigkeit muss schnellst-**
177 **möglich umgesetzt werden. Somit erhalten Länder und Kommunen neue Möglichkeiten**
178 **zur Unterstützung des Teils des Wohnungsmarktes, der für Durchschnittshaushalte bezahl-**
179 **bar ist.**
180

181 **7. Die EU wird Modernisierungstreiber für die ostdeutsche Wirtschaft**

182 Durch verlässliche Rahmenbedingungen sichern wir die **Investitionen in Zukunftsbranchen**
183 wie der Elektromobilität, anderen sauberen Technologien oder der Wasserstoffwirtschaft bei
184 uns im Osten. Die permanente Infragestellung der klima- und industriepolitischen Festlegun-
185 gen des EU Green Deal durch die Union verunsichert Investoren und gefährdet Jobs.

186 Die **Regionalpolitik der EU** hat sich als wichtigstes Investitionsinstrument insbesondere in
187 Ostdeutschland bewährt und den Aufholprozess zum Erfolg gemacht. Wir setzen auch in Zu-
188 kunft auf eine gut ausgestattete europäische Regionalpolitik, bei der unsere Städte und Regi-
189 onen gemeinsam mit Sozialpartnern und Zivilgesellschaft so unbürokratisch wie möglich ent-
190 scheiden, welche Investitionen vor Ort sie mit EU-Geldern mitfinanzieren wollen. Ab 2028
191 wollen wir die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds zu einem echten Transforma-
192 tionsinstrument erweitern, das sozial gerechten Wandel sicherstellt und Innovation fördert.

193 Die Landwirtschaft in Ostdeutschland mit ihren oft genossenschaftlich organisierten, größe-
194 ren Betrieben spielt für den ländlichen Raum eine zentrale Rolle. Als Arbeitgeber, lokaler
195 Wirtschaftsfaktor, Akteur in Landschaftspflege, in Natur- und Umweltschutz, ist sie dort für
196 das gesellschaftliche Selbstverständnis und den Zusammenhalt von zentraler Bedeutung, die
197 es zu erhalten gilt. Die Agrarpolitik muss daher auch zukünftig ein wichtiger Pfeiler der Eu-
198 ropa Politik bleiben. Denn es sind die Landwirtinnen und Landwirte, die die Lebensmittelver-
199 sorgung der Menschen in Europa sichern. Die Landwirtschaft muss deshalb weiterhin aktiv
200 durch die EU gefördert und unterstützt werden. Außerdem gilt es, die Landwirtschaft endlich
201 von überbordender Bürokratie zu befreien.

202 Die Freizügigkeit in Europa hilft, dem Arbeitskräftemangel in Ostdeutschland zu begegnen.
203 Wir verteidigen die Mobilität von Beschäftigten in der EU und wollen auch das EU-Fachkräf-
204 teeinwanderungsrecht für Drittstaatsangehörige verbessern. Dabei **schützen wir Beschäf-**
205 **tigte grenzüberschreitend vor Ausbeutung und Dumping.** Der Grundsatz „Gleicher Lohn für
206 gleiche Arbeit am gleichen Ort“ muss in allen Mitgliedsstaaten durchgesetzt werden.
207

208 **8. Schutz der Demokratie**

209 **Die AfD bedroht die Chancen Ostdeutschlands insgesamt.** Ein Austritt aus der EU und der
210 Eurozone würde den in den letzten drei Jahrzehnten hart erarbeiteten ostdeutschen Wohl-
211 stand massiv zerstören. Hundertausende von Arbeitsplätzen würden verloren gehen. Die AfD
212 stimmt gegen Tariftreueregelungen, ist offen für ein steigendes Rentenalter, steht gegen
213 Minderheitenrechte – übrigens auch gegen jegliche Subventionen für unsere Bauern.

214 **Während sozialdemokratische Politik an Lösungen arbeitet, um den Fachkräftemangel zu**
215 **bekämpfen, reden Rechtspopulisten und Rechtsextreme über Deportationen.** Sie erzeugen
216 eine Stimmung der Angst bei den Menschen, die schon seit Jahrzehnten mit uns leben. Sie

217 schaden aber auch dem Image unseres Landes, gefährden den Standort von Unternehmen
218 und damit unsere Arbeitsplätze. **Das schadet den Menschen in Ostdeutschland unmittelbar,**
219 **da wir Fachkräfte brauchen, um unsere Handwerksbetriebe, die Gastronomie, die medizi-**
220 **nische Versorgung oder unsere öffentliche Infrastruktur aufrecht zu erhalten, insbeson-**
221 **dere im ländlichen Raum.**

222 **Wir erleben derzeit einen demokratischen Ruck der durch das Land geht.** Menschen stehen
223 auf, werden laut. Mit den Demonstrationen geht die ostdeutsche Gesellschaft wieder auf die
224 Straße, um die vor 35 Jahren erkämpfte Demokratie zu verteidigen.

225 Sie überlässt die Straße nicht der extremen Rechten und der AfD, die die Menschen aufhetzt
226 und die Demokratie abschaffen will. **Diesen Menschen müssen wir dringend Angebote für**
227 **weiteres Engagement unterbreiten und stets Bollwerk gegen Rechtsextremismus sein, wie**
228 **das in der Geschichte der Sozialdemokratie immer war.** Nur eine starke, demokratische
229 Mehrheit in Ostdeutschland, den Städten und Gemeinden und in Europa wird Rechtspopulis-
230 ten und Rechtsextreme aufhalten können. Es darf bei den Wahlen in 2024 keine Demokratien
231 und Demokraten geben, die am Wahltag lieber zuhause bleiben.